

NIEDERSCHRIFT

*über die nichtöffentliche/öffentliche Sitzung des Kreistages
am 05.12.2011 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung Bad Kreuznach*

Vorsitzender: Landrat **D i e l**

Schriftführer: Herr **Reuß**

Beginn der Sitzung: 14.40 Uhr

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Anheuser, Helmut
Anheuser, Peter
Bruckner, Heike ab TOP 1 nö. (teilweise)
Dickes, Bettina
Ebbeke, Rolf
Günster, Jürgen
Hippert, Ralf
Jost, Franz-Josef
Klößner, Julia bis TOP 4 ö. neu
Lorsbach, Alfons
Ludwig-Schäfer, Iris
Lüttger, Markus bis TOP 7 ö. neu
Mecking, Egon
Schick, Achim
Schmidt, Adelheid
Schneider, Alfons
Schöffel, Achim bis TOP 7 ö. neu
Wilhelm, Ludwig bis TOP 7 ö. neu (teilweise)

SPD-Fraktion

Bohn, Werner
Denker, Anke
Frey, Peter
Ginz, Wolfgang
Greiner, Michael
Harke, Matthias
Kron, Dietmar
Müller, Marianne
Schaller, Michael

Schöffling, Volker
Dr. Vesper, Michael
Wagner, Fritz bis TOP 4 ö. neu

FDP-Fraktion

Bursian, Thomas
Ensminger, Frank
Morsblech, Nicole bis TOP 5 ö. neu
Schauß, Elmar
Schütt, Max

Fraktion GRÜNE

Huppert-Pilarski, Gerlinde (siehe auch 3. Beigeordnete)
Nuphaus, Ludger
Spindler, Hans-Walter

FWG-Fraktion

Bott, Roland
Weitzel, Günter
Zimmer, Wolfgang bis TOP 8 ö. neu

Fraktion „DIE LINKE“

Dhonau, Rainer bis TOP 8 ö. neu
Kaufmann, Timo

Entschuldigt fehlten:

Kehl, Rolf
Dröscher, Peter Wilhelm
Hassel, Martina
Müller, Werner
Pörksen, Carsten
Römer, Kurt
Michel, Peter

Regierungsdirektorin **Zachau**

Von der Verwaltung nahmen teil:

1. Kreisbeigeordneter **Nies, Hans-Dirk**
 2. Kreisbeigeordneter **Bumke, Arno** bis TOP 4 ö. neu
 3. Kreisbeigeordnete **Huppert-Pilarski, Gerlinde** bis TOP 4 ö. neu
- Herr **Skär** (Hauptamt)
 Frau **Jung** (Hauptamt)
 Frau **Nagel** (Hauptamt)
 Herr **Dick** (Kreisjugendamt)
 Herr **Bergs** (Bauamt)
 Herr **Liesenfeld** (Bauamt)
 Herr **Eulgem** (Bauamt, Schulverwaltung)
 Herr **Knobloch** (Bauamt, Schulverwaltung)

Frau Beuscher	(Bauamt, Schulverwaltung)
Herr Ryschawy	(Kämmereiamt)
Herr Ost	(Kämmereiamt)
Herr Franke	(Abfallwirtschaftsbetrieb)
Herr Strasburger	(Hauptamt, Personalreferat)
Herr Schlosser	(Büro des Landrates)

Sonstige:

Vertreter der örtlichen Presse
Zuhörer im öffentlichen Teil der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zu der heutigen Kreistagssitzung, die mit dem nichtöffentlichen Teil beginnt.

Anschließend eröffnet er die Sitzung und stellt fest, dass mit Schreiben vom 22.11.2011 form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Im Folgenden gibt der Landrat den Mitgliedern Gelegenheit Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge bzw. sonstige Wünsche oder Anfragen bezüglich der Tagesordnung vorzubringen. Es liegen jedoch keine Wortmeldungen vor.

TAGESORDNUNG:

I. Nichtöffentliche Sitzung

1. Schulangelegenheit
2. Grundstücksangelegenheit
3. Auftragsvergaben
4. Personalangelegenheiten
5. Nichtöffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

I. Nichtöffentliche Sitzung

.....

Der Landrat schließt den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um 15.51 Uhr.

I. Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und richtet einen besonderen Willkommensgruß an die Schülerinnen/Schüler, Lehrerinnen/Lehrer der IGS und Realschule plus Bad Kreuznach sowie an die Pressevertreterinnen/-vertreter.

Der Landrat bittet zunächst um die Zustimmung der Kreistagsmitglieder, dass

- **TOP 10** Gebäudetausch Integrierte Gesamtschule und Realschule plus in der Stadt Bad Kreuznach und gleichzeitige Aufnahmebeschränkung für die Realschule plus

als TOP 3 neu vorgezogen wird.

*Der Kreistag stimmt **einstimmig** zu.*

Des Weiteren bittet er um die Zustimmung der Kreistagsmitglieder, dass

- **TOP 11** Antrag der Fraktion „DIE LINKE“ auf Einführung eines Familien- und Sozialpasses -„Kreuznach-Pass“- im Landkreis Bad Kreuznach

von der Tagesordnung abgesetzt wird, da der Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses zurück an den Sozialausschuss verwiesen wurde.

*Der Kreistag stimmt **einstimmig bei 2 Enthaltungen** zu.*

Außerdem soll die Tagesordnung um folgenden Punkt ergänzt werden:

- **TOP 1 neu** Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2011; eingegangen am 30.11.2011; Verabschiedung einer Resolution zur beabsichtigten Einstellung der Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger

Die Resolution wurde den Mitgliedern des Kreistages mit Schreiben vom 01.12.2011 zugesandt.

Herr Diel gibt das Wort an Herrn Hippert, der die Resolution kurz begründet.

Herr Diel bittet um Abstimmung zu der vorgenannten Tagesordnungsergänzung, die unter TOP 1 neu aufgenommen werden soll.

*Der Kreistag stimmt **einvernehmlich** der Tagesordnungsergänzung (TOP 1 neu) zu.*

II. Öffentliche Sitzung

1. neu Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2011; eingegangen am 30.11.2011; Verabschiedung einer Resolution zur beabsichtigten Einstellung der Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger
2. neu Einwohnerfragestunde
3. neu Anfragen
4. neu Gebäudetausch Integrierte Gesamtschule und Realschule plus in der Stadt Bad Kreuznach und gleichzeitige Aufnahmebeschränkung für die Realschule plus
5. neu Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2010
6. neu Beratung und Beschlussfassung über die Bestellung des

Abschlussprüfers für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes

- 7. neu Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes Bad Kreuznach für das Jahr 2012
- 8. neu Beratung und Beschlussfassung; Satzung des Landkreises Bad Kreuznach über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung
- 9. neu Teilnahme des Landkreises Bad Kreuznach am kommunalen Entschuldungsfonds; Einsparungsmöglichkeiten im Bereich Gebäudemanagement und Schulen
- 10. neu Förderung des Paul-Schneider-Gymnasiums Meisenheim durch den Landkreis Bad Kreuznach
- 11. neu Neubau einer Mensa in den Räumen unter der alten Turnhalle der jetzigen IGS Bad Kreuznach
- 12. Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 05.07.2011; in Kraft getreten am 06.07.2011
Umsetzung dieser Gesetzesänderung durch Schaffung der personellen Voraussetzungen beim Jugendamt Ref. 51 – Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss –
- 13. Öffentliche Mitteilungen und Beantwortung der Anfragen

**TOP 1 neu Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2011;
eingegangen am 30.11.2011;
Verabschiedung einer Resolution zur beabsichtigten Einstellung der
Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger**

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Landtag diesbezüglich zurzeit Anhörungen stattfinden. Er hält es für sehr wichtig, dass die Fraktionen noch einmal über den Gesamtkomplex unterrichtet werden. Er informiert über Rückmeldungen aus dem Finanzausschuss, dass gerade über Bad Kreuznach intensiv diskutiert wird. Die Resolution soll ein Signal nach außen sein.

ABSTIMMUNG ZU TOP 1 neu:

*Der Kreistag stimmt dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2011 zur Verabschiedung einer Resolution zur beabsichtigten Einstellung der Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger **einstimmig bei 3 Enthaltungen** zu.*

TOP 2 neu Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

TOP 3 neu Anfragen**3.1 neu Anfrage des Herrn Spindler, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Schallschutzmaßnahmen in den kreiseigenen Schulen**

Herr Spindler berichtet von einer Wissenschaftssendung im Fernsehen, in der über den Schallschutz in Schulen berichtet wurde. Fazit sei gewesen, dass in gut gedämmten Schulen eine deutlich bessere Lernleistung festzustellen ist. Er möchte wissen, ob bei der Sanierung von kreiseigenen Schulen prinzipiell solche Schallschutzmaßnahmen berücksichtigt werden und wie hoch die Kosten dafür sind.

Herr Diel sagt zu, die Anfrage vom Bauamt prüfen zu lassen.

TOP 4 neu Gebäudetausch Integrierte Gesamtschule und Realschule Plus in der Stadt Bad Kreuznach und gleichzeitige Aufnahmebeschränkung für die Realschule plus

Herr Diel leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

In der anschließenden Aussprache wird kontrovers diskutiert.

Herr Diel bedankt sich für die konstruktive Diskussion und leitet die Abstimmung ein.

Zusammenfassung:

- Die Kreistags-Fraktionen der **CDU, FDP** und **FWG** plädieren für Variante C (Dislozierter Standort für die IGS: Klassen 5-10 bleiben am Standort Ringstraße, Klassen 11-13 wechseln an die Heidenmauer)
- Die Kreistagsfraktion **Bündnis 90/Die Grünen** sprechen sich für einen Gebäudetausch zum Schuljahr 2014/15 aus.
- Die **SPD-Kreistagsfraktion** votiert für einen Gebäudetausch zum Schuljahr 2015/16, wäre aber auch mit einem Umzug 2014/15 einverstanden.
- Die **Kreistagsfraktion DIE LINKE** plädiert für einen Gebäudetausch zum Schuljahr 2015/16.

Demnach werden 2 Abstimmungen vorgenommen.

1. ABSTIMMUNG ZU TOP 4 neu:

Herr Diel weist vor der Abstimmung ausdrücklich darauf hin, dass die Aufnahmebeschränkung bei der Realschule plus Bestandteil des Beschlussantrages bleibt – siehe (2).

Auf Empfehlung des Schulträger- und Kreisausschusses beschließt der Kreistag

- (1) *die in der Sitzung am 21.06.2010 beschlossene Aufhebung des Punktes 6 im Teilbeschluss A vom 23.03.2009 rückgängig zu machen und den Gebäudetausch der Realschule plus mit der Integrierten Gesamtschule in der Stadt Bad Kreuznach*

zum Schuljahr 2014/15 (Umzug im August 2014)

zu vollziehen.

- (2) *Der Beschluss hat zur Folge, dass an der Realschule plus aus Platzgründen ab dem Schuljahr 2012/13 nur noch 4 Klassen je Klassenstufe aufgenommen werden können und somit eine Aufnahmebeschränkung ausgesprochen werden muss. Der Kreistag bittet die Schulbehörde um Unterstützung bei der Umsetzung des Beschlusses.*

ERGEBNIS: 16 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag der Verwaltung abgelehnt.

2. ABSTIMMUNG ZU TOP 4 neu:

Hier wird über die Variante C (Dislozierter Standort für die IGS, Oberstufe an der Heidenmauer) abgestimmt.

Herr Diel weist vor der Abstimmung ausdrücklich darauf hin, dass auch bei diesem Vorschlag die Aufnahmebeschränkung bei der Realschule plus Bestandteil des Beschlussantrages bleibt.

Der Kreistag beschließt

- (1) *die in der Sitzung am 21.06.2010 beschlossene Aufhebung des Punktes 6 im Teilbeschluss A vom 23.03.2009 nicht rückgängig zu machen und die Variante C (= Verbleib der IGS Bad Kreuznach Klassen 5-10 am Standort Ringstraße, Dislozierung der Klassen 11-13 an die Heidenmauer)*

zu vollziehen.

- (2) *Der Beschluss hat zur Folge, dass an der Realschule plus aus Platzgründen ab dem Schuljahr 2012/13 nur noch 4 Klassen je*

Klassenstufe aufgenommen werden können und somit eine Aufnahmebeschränkung ausgesprochen werden muss. Der Kreistag bittet die Schulbehörde um Unterstützung bei der Umsetzung des Beschlusses hinsichtlich des dislozierten Standortes bei der IGS und der Beschränkung auf 4 Klassenstufen bei der Realschule plus ab dem Schuljahr 2012/13.

ERGEBNIS: 26 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Damit ist dieser Beschlussantrag angenommen.

TOP 5 neu Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2010

Herr Nies leitet in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die ausführliche Darstellung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, die allen Kreistagsmitgliedern vorliegt. Er informiert darüber, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2010 einen Gewinn in Höhe von 673.343,30 € ausweist. Der vorher prognostizierte Verlust in Höhe von 177.000 € sei aufgrund des hohen Ertrages beim Altpapier (536.000 €) nicht eingetreten. Der Marktpreis für Altpapier habe sich in dieser Zeit enorm nach oben bewegt. Des Weiteren haben gesunkene Betriebskosten aus der MBA Linkenbach in Höhe von ca. 140.000 € und die Rückabwicklung der Restabfallablagerungen in Höhe von 200.000 € zu dem Gewinn beigetragen. Herr Nies teilt mit, dass der Wirtschaftsprüfer von der KST Nahe Treuhand GmbH die Sitzung leider aufgrund weiterer Terminverpflichtungen verlassen musste. In der Sitzung des Werkausschusses am 15.10.2011 habe er jedoch die entsprechenden Ausführungen vorgestellt.

▪ **Wortmeldung des Herrn Ginz, SPD-Kreistagsfraktion**

Herr Ginz stellt fest, dass die Erlöse aus der Altpapierverwertung im Laufe eines Wirtschaftsjahres nicht steuerbar sind. Er weist darauf hin, dass in der Gewinn- und Verlustrechnung erstmals ein neuer Posten auftaucht, der auch in den kommenden Jahren eine Belastung darstellt. Aufgrund der Einhaltung der Vorschriften nach dem BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) mussten hier 200.000 € eingestellt werden. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 seien es sogar 1,2 Mio. € an zusätzlichen Rückstellungen. Abschließend äußert Herr Ginz, dass das erfreuliche Jahresabschluss-Ergebnis 2010 nicht dazu verleiten darf, die Ertragsseite übermäßig zu strapazieren. Er signalisiert, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussantrag zustimmen wird.

▪ **Wortmeldung des Herrn Ebbeke, CDU-Kreistagsfraktion**

Herr Ebbeke empfiehlt für die Zukunft, die beiden Vergleichszahlen (Mindestgewinn und Abschlussergebnis) in Form einer Gegenüberstellung in die Bilanz aufzunehmen.

Er fragt nach, ob die Verzinsung der AWB-Liquidität im Jahre 2011 fortgeführt wurde? Die Abschlusszahlen bis zum Jahr 2010 seien im Haushalt mit einem Plus von 150.000 € ausgewiesen.

Antwort von Herrn Nies, 1. Kreisbeigeordneter:

Aufgrund der Einheitskasse müsse der Abfallwirtschaftsbetrieb dem Landkreis dieses Geld zur Verfügung stellen. Dies werde auch weiter fortgeführt.

ABSTIMMUNG ZU TOP 5 neu:

*Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Werkausschusses **einstimmig**, den Jahresabschluss des AWB Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2010 in der vorliegenden, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KST Nahe Treuhand GmbH, Bad Kreuznach, geprüften Fassung festzustellen und den Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2010 in Höhe von 673.343,30 € dem Gewinnvortrag zuzuführen.*

TOP 6 neu Beratung und Beschlussfassung über die Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfungen der Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes

Herr Nies teilt mit, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb mit der bisherigen Arbeit der KST Nahe Treuhand GmbH aus Bad Kreuznach sehr zufrieden ist. Er bittet darum, die KST Nahe Treuhand GmbH weiterhin für die nächsten 3 Jahre als Abschlussprüfer zu beauftragen.

ABSTIMMUNG ZU TOP 6 neu:

*Der Kreistag beschließt auf Vorschlag des Werkausschusses **einstimmig**, die*

*KST Nahe Treuhand GmbH
Pfitznerstr. 5 A
Bad Kreuznach*

zum Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 des AWB Bad Kreuznach zu bestellen.

TOP 7 neu Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes (AWB) Bad Kreuznach für das Jahr 2012

Herr Nies leitet in den Tagesordnungspunkt ein und stellt zunächst fest, dass dem vorliegenden Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 die Abfallgebühren des Jahres 2011 zugrundeliegen. Weiter erklärt er, dass für das Jahr 2012 mit einem voraussichtlichen Jahresverlust von rd. 1 Mio. € zu rechnen ist, da die Gebühren im kommenden Jahr nicht angehoben werden. Sobald diese Verluste tatsächlich eintreten, müssen sie in ihrer jeweiligen Höhe durch den vorhandenen Gewinnvortrag und die allgemeinen Rücklagen ausgeglichen werden. Beide Positionen – Gewinnvortrag und Allgemeine Rücklagen – belaufen sich derzeit auf rd. 3,6 Mio. €, gibt Herr Nies bekannt. Dies bedeute, dass auch noch in den nächsten Jahren davon „gezehrt“ werden kann. Klar sei aber auch, dass eine kostendeckende Gebühr erhoben werden muss, sobald die 3,6 Mio. € verbraucht sind. Er betont, dass die finanzielle Situation des AWB nach wie vor ausgesprochen gut ist.

Anschließend erläutert Herr Nies die wesentlichen Punkte des vorliegenden Wirtschaftsplanes. Besonders macht er auf die positive Entwicklung der Vermarktung des Altpapiers aufmerksam. Er lobt die Bürgerinnen/Bürger des Landkreises, die von der Altpapiersammlung regen Gebrauch machen und diese außerdem so akkurat vornehmen, dass der AWB einen hohen Preis dafür erhalten kann. Demzufolge konnten deutliche Erlöse erzielt werden, die den Bürgerinnen/Bürgern wieder zugutekommen.

▪ **Wortmeldung des Herrn Schütt, FDP-Kreistagsfraktion**

Herr Schütt kritisiert das Vorgehen der Mitarbeiter des AWB, die mit einer Kamera die Inhalte der Restmüllbehälter abbilden, um zu kontrollieren, ob darin Biomüll entsorgt wird. Bei einem eventuellen Gerichtsverfahren soll dies als Beweismittel dienen. Er befürchtet, dass nur die Bürger, die von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, diesbezüglich kontrolliert werden. Seiner Ansicht nach wird hier der Gleichheitsgrundsatz verletzt. Die Öffentlichkeitsarbeit des Abfallwirtschaftsbetriebes sollte darin bestehen, dass man den Leuten eine korrekte Sortierung vermittelt, um die Gebühren so niedrig wie möglich zu halten. Die Überzeugungskraft ist für Herrn Schütt hier der richtige Weg. Er informiert darüber, dass der Rhein-Hunsrück-Kreis den Grünschnitt nutzt, um Energie zu erzeugen und der Landkreis Bad Kreuznach fast 2 Mio. Kilowattstunden verschwendet, um den Kompost zu trocknen. Herr Schütt ist davon überzeugt, dass dies auf Dauer nicht funktionieren wird.

▪ **Wortmeldung des Herrn Bursian, FDP-Kreistagsfraktion**

Herr Bursian honoriert die Arbeit des AWB. Er stellt eine Frage zur Rechnungslegung und möchte wissen, ob die Rückstellung wieder aufgelöst wird, wenn der Barwert sinkt. Da der Barwert vom Zinsniveau abhängig und die Zinsen zurzeit historisch niedrig sind, müsste sich bei einer Zinserhöhung der Abdiskontierungsfaktor ändern und demzufolge der Barwert sinken.

Antwort von Herrn Nies, 1. Kreisbeigeordneter:

Herr Nies macht deutlich, dass es im Falle einer Zinserhöhung zu Anpassungen bzw. Korrekturen kommen wird und somit die Rückstellungen aufgelöst werden. Das Problem sei eben, dass die jährlichen Berechnungen nachträglich durchgeführt werden.

▪ **Wortmeldung des Herrn Dhonau, Kreistagsfraktion DIE LINKE**

Herr Dhonau schließt sich der Meinung von Herrn Schütt an, dass man darüber nachdenken sollte, dass sich mit Müll auch Energie erzeugen lässt. Er stellt eine Frage zum Jahresabschluss 2010 und liest einen Absatz aus der Anlage 4, Punkt 5 vor:

„5. Voraussichtliche Entwicklung:

Die bereits für das Jahr 2010 erwartete Neufassung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ist noch nicht Realität geworden. Nach wie vor besteht das Risiko, dass das Privileg der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die Restmüllentsorgung der privaten Haushalte betreffend, aufgeweicht und gegebenenfalls auch die private Sammlung von lukrativen Wertstoffen, allen voran das Altpapier, erlaubt und erleichtert werden wird.

Sollte es zu diesem für die Kommunen sehr drastischen Schritt kommen, ist nicht abzusehen, wie sich die Höhe der Abfallgebühren weiter entwickeln wird.“

Er nimmt Bezug auf die Planansätze für 2012 und stellt fest, dass dort 400.000 € mehr veranschlagt sind. Er fragt, ob dies nicht zu hoch angesetzt wurde.

Antwort von Herrn Nies, 1. Kreisbeigeordneter:

Als zu berücksichtigende Faktoren nennt **Herr Nies** die Preis- und Mengenentwicklung. Des Weiteren müsse man im Auge behalten, ob es zukünftig noch andere Anbieter für die Altpapierentsorgung auf dem Markt gibt. Er informiert die Anwesenden darüber, dass sich das Kreislaufwirtschaftsgesetz momentan im Gesetzgebungsverfahren befindet. Auf Intervention einiger Bundesländer stünde jetzt eine kommunalfreundlichere Variante in der Diskussion. Seines Wissens müsste es sich um ein Zustimmungsgesetz handeln, so dass sich im Vermittlungsausschuss – nach seinen Informationen aus Berlin - für die Kommunen zukünftig eine wesentlich freundlichere Möglichkeit eröffnet. Deshalb geht Herr Nies fest davon aus, dass der AWB Bad Kreuznach im Jahre 2012 weiterhin alleiniger Entsorger des Altpapiers im Landkreis Bad Kreuznach sein wird und der Gebührenzahler dann auch von einer niedrigeren Abfallgebühr profitieren kann. Er erwähnt den Fall im Landkreis Rhein-Hunsrück, wo eine große Firma versucht hat, sich mit der Altpapierentsorgung zu etablieren. Die dort ansässige Kreisverwaltung habe daraufhin die Bürgerinnen/Bürger informiert, dass sie im Eigeninteresse handeln, wenn sie dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Kreises das Papier zur Verfügung stellen. Herr Nies glaubt nicht, dass es zurzeit einen Dritten gibt,

der sich im Landkreis Bad Kreuznach niederlässt, um das Altpapier abzuholen. Daher resultiere die optimistische Mengenkalkulation im Planansatz für 2012.

▪ **Wortmeldung des Herrn Spindler, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Spindler stellt eine Frage zum Rückgang der Photovoltaikgebühren (Seite 22). Aus eigener Erfahrung weiß er, dass diese Gebühren relativ konstant bleiben und deshalb kann er einen Rückgang von 9.000 € nicht nachvollziehen.

Herr Nuphaus ergänzt, dass die Einspeisevergütung garantiert ein fester Betrag ist.

Antwort von Herrn Nies, 1. Kreisbeigeordneter:

***Herr Nies** erklärt, dass das Ergebnis 2010 bei den Erträgen aus Photovoltaik-Strom bei rd. 39.000 € lag. Beim Planansatz für das Jahr 2011 wurde ein höherer Betrag (47.000 €) eingesetzt, da mit höherer Energiegewinnung gerechnet wurde. Für das Jahr 2012 wurde das Ergebnis von 2010 zugrunde gelegt. Dieser Betrag könne bei einem sonnenreichen Sommer wieder ansteigen.*

▪ **Wortmeldung des Herrn Spindler, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vor einiger Zeit sei gesagt worden, dass die Mülldeponie in Langenlonsheim mit Photovoltaik ausgestattet wird, sobald sich der Müllkörper gesetzt hat. Herr Spindler möchte wissen, wann damit zu rechnen ist?

Antwort von Herrn Nies, 1. Kreisbeigeordneter:

***Herr Nies** geht davon aus, dass dies noch einige Jahre dauern wird, da der Setzungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Der Müllkörper bewege sich immer noch und wird derzeit modelliert und aufgeschüttet. Sobald diese sogenannte „Nachsorge“ beendet sei - dies müsse gemessen werden – könne die Freifläche genutzt werden. Herr Nies möchte als Vertragspartner keinem Unternehmen eine Fläche ohne Stabilitätsgarantie anbieten.*

▪ **Wortmeldung des Herrn Ginz, SPD-Kreistagsfraktion**

Herr Ginz macht eine Anmerkung zu der Kritik von Herrn Schütt, dass von AWB-Mitarbeitern die Inhalte der Mülltonnen fotografiert werden. Er erinnert daran, dass aufgrund einer Beschlussfassung im Kreistag in anderer Sache zukünftig nicht nur der Inhalt der Mülltonnen, sondern sogar jeder persönlich fotografiert wird, wenn er mit seinem Pkw zu schnell fährt.

Im Rahmen seiner Ausführungen zum Wirtschaftsplan 2012 äußert Herr Ginz, dass er den Vermögensplan mit seinem Volumen von rd. 4,3 Mio. € in seinen einzelnen Ansätzen als bedarfsgerecht ausgewiesen sieht. Erfreulich sei hier die Tatsache, dass der Vermögensplan im Jahre 2012 ohne Fremdmittel finanziert werden kann und dies auch noch weiterhin für eine

gewisse Zeit möglich sein wird. Danach müsse man über eine anderweitige Finanzierung – eventuell über eine Gebührenanpassung – nachdenken. Er signalisiert, dass die SPD-Fraktion dem Wirtschaftsplan sowie dem nachfolgenden Beschlussantrag bezüglich der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung zustimmen wird.

▪ **Wortmeldung der Frau Ludwig-Schäfer, CDU-Kreistagsfraktion**

Frau Ludwig-Schäfer stellt klar, dass die CDU-Fraktion weiterhin zu ihrer Aussage steht, die Abfallgebühren für 2012 auf dem in 2010 beschlossenen Niveau zu halten. Die Rücklagen und der Gewinnvortrag Ende 2010 in Höhe von ca. 3,6 Mio. € müsse dem Bürger zeitnah zugutekommen. Darüber hinaus sei in den letzten Jahren immer eine Abweichung vom Plan im positiven Sinn und dem dann erzielten Endergebnis zur Kenntnis zu nehmen gewesen. Im Übrigen lasse sich anmerken, dass der Zwischenbericht von 2011, der den Mitgliedern des Werkausschusses vorliegt, bis auf die Unwirkbarkeiten des BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) nicht schlecht aussieht. Deshalb ist Frau Ludwig-Schäfer der Meinung, dass man den im Plan für 2012 - bei gleichbleibenden Müllgebühren für die Bürger - theoretisch zu erwartenden Jahresverlust in Höhe von ca. 1 Mio. € tragen kann. Den Menschen dieses Landkreises müsse man mittlerweile für die tatkräftige Hilfe bei dem gemeinsamen Ziel des Konstanthaltens der Müllgebühren ein großes Kompliment machen. Die hohe Akzeptanz der neu eingeführten Papiertonne und die Einsicht und Bereitschaft, dem AWB große Mengen von sehr guter Qualität an Altpapier zur Verfügung bzw. zur Vermarktung zu stellen, sei vorbildlich.

Herr Nies kündigt an, dass er die Anmerkung von Herrn Schütt bezüglich der Befüllung bzw. Kontrolle von Abfallgefäßen, mit in die nächste Werkausschusssitzung nehmen will. Es gehe um die Einhaltung der von diesem Gremium beschlossenen Abfallsatzung. Er informiert weiter, dass die mit der Überprüfung beauftragte Dame vorwiegend Beratungsgespräche zu führen hat. Außerdem macht er deutlich, dass in allen Orten kontrolliert wird und nicht nur bei den Haushalten, die eine Biomülltonnen-Befreiung haben. Dabei werde im Fall eines Verstoßes kein Bußgeld erlassen. Dennoch sei es eine Frage der Gerechtigkeit, ob jemand die Restabfalltonne zur Biomüllentsorgung nutzt, um Kosten zu sparen. Dieses Thema werde in der nächsten Werkausschusssitzung auf der Tagesordnung stehen. Herr Nies bedankt sich bei allen Anwesenden und bittet um Abstimmung.

ABSTIMMUNG ZU TOP 7 neu:

*Gemäß Empfehlungsbeschluss des Werkausschusses stellt der Kreistag den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2012 in der der Beschlussvorlage beigefügten Fassung **einstimmig** fest.*

TOP 8 neu Beratung und Beschlussfassung; Satzung des Landkreises Bad Kreuznach über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung

Herr Nies gibt bekannt, dass die Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung für das Jahr 2012 unverändert bleiben sollen und verweist auf den entsprechenden Beschlussantrag. Die aktuelle Gebührensatzung bedürfe jedoch einiger redaktioneller Änderungen:

- Die Entsorgung der Altmedikamente für Gewerbetreibende soll zukünftig kostenpflichtig sein. Die Altmedikamente für den Privathaushalt werden weiterhin kostenfrei angenommen.
- Des Weiteren wird zur Klarstellung ein Hinweis auf die Bemessungsgrundlage (Daten der Meldebehörde) für die Zuteilung des Restabfallbehältervolumens gegeben (in § 5 Abs. 1 unter Ziffer 2 analog zu § 5 Abs. 1 Ziffer 1). Dieser Passus habe bisher gefehlt.
- Außerdem wird unter § 3 „Gebührensschuldner“ ein Abs. 10 mit folgendem Wortlaut eingefügt: „Die Benutzungsgebühren ruhen als öffentliche Lasten gemäß § 7 Abs. 7 Kommunalabgabengesetz (KAG) auf dem Grundstück im Sinne von Abs. 2 Satz 1“. Der Zusatz dient lediglich der Klarstellung.

Zu den Ausführungen liegen seitens der Kreistagsmitglieder keine Fragen vor.

Herr Nies bittet daher um Abstimmung.

ABSTIMMUNG ZU TOP 8 neu:

1. Der Kreistag beschließt **einstimmig**, auf Empfehlung des Werkausschusses, die Gebühren gemäß der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung vom 21.12.2010 für das Jahr 2012 unverändert zu lassen.
2. Der Kreistag beschließt **einstimmig**, auf Empfehlung des Werkausschusses, die als Anlage der Beschlussvorlage beigefügte Erste Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Bad Kreuznach über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung vom 21.12.2010.

TOP 9 neu Teilnahme des Landkreises Bad Kreuznach am kommunalen Entschuldungsfonds; Einsparungsmöglichkeiten im Bereich Gebäudemanagement und Schulen

Herr Diel gibt bekannt, dass derzeit noch weitere Einsparmöglichkeiten im Jugendamt und Sozialamt geprüft werden. Er hofft, dass die geforderte Einsparsumme erreicht werden kann, ohne dass die Kreisumlage erhöht werden muss.

Die von Frau Denker und Herrn Dr. Vesper gestellten Fragen, insbesondere zu den Einsparungen der Grünflächenpflege und im Bereich des orgel ART museums, wurden von Landrat Diel beantwortet.

ABSTIMMUNG ZU TOP 9 neu:

Auf Empfehlung des Kreisausschusses beschließt der Kreistag im Hinblick auf die Forderungen aus dem kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF) folgende Einsparungsmöglichkeiten **mehrheitlich mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:**

A) Kürzung des Schulbudgets um jeweils 5 % im Ergebnis- und Finanzhaushalt

Minderausgaben: ca. 55.000,- € in 2012 und
ca. 55.000,- € in den Folgejahren

B) Erhöhung des Elternanteils an den Kosten des Mittagessens ab dem Schuljahr 2012/13 von bisher 2,83 € pro Essen auf 3,00 € pro Essen sowie Kopplung an den Verbraucherpreisindex für die kommenden Schuljahre

Mehreinnahmen: ca. 15.900,- € in 2012 (ab August für 5 Monate) und
ca. 30.000,- € plus X in den Folgejahren

C) Wegfall der Geschwisterermäßigung bei den Elternbeiträgen zu den Kosten des Mittagessens in Ganztagschulen ab dem Schuljahr 2012/13

Mehreinnahmen: ca. 5.500,- € in 2012 (ab August für 5 Monate) und
ca. 10.200,- € in den Folgejahren

D) Herunterfahren der Standards in der Bauunterhaltung

Minderausgaben: ca. 500.000,- € in 2012
ca. 300.000,- € in den Folgejahren (Sicherstellung dieses Betrages durch Festschreibung eines Höchstbetrages für den Ansatz der Bauunterhaltung im Ergebnishaushalt von 3.600.000,-€)

E) Umstellung der Unterhaltung der Grünflächenpflege von Fremdvergabe auf eigenes Personal

Minderausgaben: ca. 314.000,- € in 2012
ca. 320.000,- € in den Folgejahren

TOP 10 neu Förderung des Paul-Schneider-Gymnasiums Meisenheim durch den Landkreis Bad Kreuznach

Herr Kron vertritt die Auffassung, dass der Zuschuss nur unter der Bedingung gezahlt werden sollte, dass von der ev. Kirche ein deutliches Signal ausgeht, dass eine gemeinsame Orientierungsstufe mit der Realschule plus Meisenheim angestrebt wird.

ABSTIMMUNG ZU TOP 10 neu:

Auf Empfehlung des Schulträger- und Kreisausschusses beschließt der Kreistag **mehrheitlich mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung**, das Paul-Schneider-Gymnasium Meisenheim im Jahr 2012 mit einem Betrag von 20.000 € zu bezuschussen.

Die Mittel sollen im Haushalt für das Jahr 2012 bereitgestellt werden.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier.

TOP 11 neu Neubau einer Mensa in den Räumen unter der alten Turnhalle der jetzigen IGS Bad Kreuznach

Herr Bott bemängelt, dass keine Beratung im Bauausschuss vorgenommen wurde.

Landrat Diel sagt zu, dass zukünftig der Bauausschuss bei baurelevanten Fragen frühzeitig beteiligt wird.

ABSTIMMUNG ZU TOP 11 neu:

*Auf Empfehlung des Kreisausschusses beschließt der Kreistag **mehrheitlich mit 1 Gegenstimme**,*

- 1. in den Räumen unter der alten Turnhalle der jetzigen IGS Bad Kreuznach in der Ringstraße eine Mensa einzubauen.*
- 2. die Verwaltung zu ermächtigen, einen Architekten und die notwendigen Fachplaner auszuwählen und mit den Vorplanungen für den Einbau einer Mensa zu beauftragen, um schnellstmöglich einen Förderantrag für die Maßnahme stellen zu können.*

Die erforderlichen Haushaltsmittel (bis zu 50.000,- €) für die ersten Leistungsphasen sind im Haushalt 2011 bei Kostenstelle 2062182 Invest.-Nr. 061702000 bereitgestellt.

**TOP 12 Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 05.07.2011; in Kraft getreten am 06.07.2011
Umsetzung dieser Gesetzesänderung durch Schaffung der personellen Voraussetzungen beim Jugendamt Ref. 51 – Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss –**

Herr Nies erläutert die Beschlussvorlage. Er führt aus, dass von dem Kreisjugendhilfeausschuss 1,5 Stellen beantragt waren. Der Kreisausschuss hat empfohlen 1 Stelle zu bewilligen.

ABSTIMMUNG ZU TOP 12:

Der Kreistag beschließt bei 1 Gegenstimme eine Stellenerweiterung von 1 Stelle.

TOP 13 Öffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Mitteilung oder Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt um 18.55 Uhr die Sitzung des Kreistages.

(Landrat)

(1. Kreisbeigeordneter)

(Schriftführer)